



PRESSEMELDUNG

Worms, den 8. September 2022

Sperrfrist: 18 Uhr!!!

Innovation statt praxisferne Verbote – Zuckerrübenanbauer warnen vor dramatischen Konsequenzen einer verfehlten EU-Politik

Zu seiner Jahreshauptversammlung am 8. September in Undenheim konnte der Verband der Hessisch-Pfälzischen Zuckerrübenanbauer etwa 150 Gäste aus Landwirtschaft, Politik, Forschung, Industrie und Beratung sowie nationalen als auch internationalen Verbänden begrüßen. Prominente Hauptredner waren dabei Daniela Schmitt, Ministerin für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, sowie Dr. Thomas de Witte vom Thünen-Institut für Betriebswirtschaft. Im Vordergrund ihrer Referate standen insbesondere mögliche Lösungsansätze für die aktuellen vielfältigen Herausforderungen im Ackerbau.

Vor diesem Hintergrund referierten auch die jungen Forschenden aus den Projekten NIKIZ (www.nikiz.de) und SONAR. Das Leuchtturmprojekt NIKIZ hat in den letzten drei Jahren entscheidende Impulse für die Erhaltung der Zuckerwirtschaft und des Zuckerrübenanbaus geliefert. Ziel ist es, den Rübenanbau noch besser an die Standortbedingungen und das veränderte Klima anzupassen.

Der Verbandsvorsitzende Walter Manz freute sich daher besonders darüber, dass Ministerin Schmitt an diesem Tag nicht nur als Referentin gekommen war, sondern auch als Überbringerin des Förderbescheides für das neue „SONAR“-Projekt (*siehe „Hintergrund“!*). Manz dankte der Ministerin ausdrücklich für ihre „fortgesetzte Unterstützung einer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen und praxisgerechten bäuerlichen Landwirtschaft“ sowie ganz konkret auch für die von ihr Ende August in den Agrarausschuss des Bundestages eingebrachten Anträge im Zusammenhang mit den Vorschlägen für eine neue „Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln“.

„Gerade wir Zuckerrübenanbauer im Südwesten haben uns dem nachhaltigen Fortschritt nie verschlossen, sondern sind hier – im Gegenteil – immer vorangegangen“, betonte Manz in seiner Ansprache. „Gerade weil wir hier den Folgen des Klimawandels so exponiert ausgesetzt sind. Nicht zuletzt unsere langjährige Projektarbeit zu nachhaltigen Zukunftskonzepten legt Zeugnis davon ab. Und eben aus dieser praktischen Projektarbeit wissen wir sehr genau aus erster Hand, was geht und was noch nicht oder ggf. auch gar nicht geht. Wir malen deshalb auch keine <Horrorszenarien> an die Wand, wie es uns ja immer mal wieder gerne unterstellt wird, sondern wir liefern eine realistische Folgenabschätzung auf Basis unserer praktischen Forschungsarbeit. **Wir sind die Experten! Und es ist allerhöchste Zeit, dass wir endlich auch als solche anerkannt und – nicht nur pro forma, sondern als echte Partner auf Augenhöhe – in die politische Diskussion und Entscheidungsfindung einbezogen werden!“**

Europa habe die Verantwortung, seine Gunststandorte für die Lebensmittelsicherung der Welt fruchtbar und produktiv zu erhalten, bekräftigte Manz. „Aber das gelingt uns nicht mit einer <Wende>. Nicht <zurück> ist der richtige Weg, sondern <nach vorne> – und das mit Mut zur Innovation!“

Der Verbandsvorsitzende warnte eindrücklich vor einem „fatalen Irrweg der europäischen Landwirtschaftspolitik auf Basis eines unerträglichen und unverantwortlichen Schwarz-Weiß-Denkens“. Die hier unterstellte Prämisse „biologisch = gut/gesund – chemisch = schlecht/ungesund“ bezeichnete Manz in ihrer Absolutheit als grundlegend falsch. Bio sei nicht per se „gut“ und Chemie nicht per se „schlecht“ – oftmals sei es sogar genau umgekehrt bzw. rette die Chemie vor hochpotenten biologischen Giften. „Das entbindet die Anwender wohlgerne nicht von der Pflicht eines verantwortungsvollen Umgangs mit der Chemie“, stellte Manz klar. „Aber es wäre fatal, aus einem falschen Schwarz-Weiß-Denken heraus den chemischen Pflanzenschutz komplett zum Teufel zu jagen. Genau das tut die EU-Kommission aber faktisch gerade mit ihren Vorschlägen für eine neue 'Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln'!“

„Wer solche Vorschläge macht, beweist nur immer wieder aufs Neue, wie erschreckend weit weg von der Praxis er ist“, erklärte Manz. Die von der EU-Kommission benannten „Alternativen zu chemischen Pestiziden“ unterzog er einem Faktencheck mit dem eindeutigen Ergebnis: **„Von echten praxisreifen Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz sind wir noch weit entfernt. – So wie es auch Sri Lanka war, als man dort einfach ad hoc den Einsatz von chemischem Pflanzenschutz und Mineraldünger verboten hat – mit allen inzwischen bekannten dramatischen Konsequenzen.“**

In der Öffentlichkeit werde mittlerweile täglich der Eindruck erweckt, dass eine Landwirtschaft ohne chemischen Pflanzenschutz eine bessere, resilientere Welt schaffen würde und dass die Ernährungssicherheit nur durch Verzicht auf Pflanzenschutz möglich sei. Das Gegenteil sei aber wahr und durch die Geschichte belegt: „Es hat mehrere Generationen Agrarforschung benötigt, die Landwirtschaft so zu gestalten, dass Hungerjahre heute zur Ausnahme gehören und die Bevölkerung nicht mehr den Großteil ihres Einkommens nur für Nahrung und Heizung einsetzen muss, was noch vor hundert Jahren üblich war“, erinnerte Manz. Die Entwicklung einer modernen Industriegesellschaft sei untrennbar mit der Entdeckung von mineralischer Düngung und chemischem Pflanzenschutz genauso wie mit der Nutzung bezahlbarer Energie verbunden. „Nur so konnte und kann Ernährungssicherheit und eine stabile, soziale und demokratische Gesellschaftsordnung gewährleistet werden - die im Übrigen auch Grundvoraussetzung für eine funktionierende Klimapolitik ist!“

„Wir erleben es doch gerade hautnah im Zuge von Corona und v.a. dem Krieg in der Ukraine“, mahnte der Vorsitzende. „Wie schnell sind Umweltaspekte in den Hintergrund gerückt, wo wir plötzlich wieder darum ringen müssen, bezahlbare Lebensmittel und Energie für unsere Bevölkerung sicherzustellen?! **Eine Politik, deren erklärtes Bestreben es ist, im Sinne von Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu agieren, muss daher in erster Linie eines sicherstellen, nämlich soziale Stabilität. Die hier von der EU-Kommission vorgelegten Pläne zerstören jedoch Stabilität.**“

Innerhalb eines stabilen sozialen Gefüges habe die Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten viele Verbesserungen im Hinblick auf Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit vorgenommen. Diese Entwicklung sei notwendig und richtig gewesen, und sie halte bis heute an. „Es mutet daher als absolute Farce an, wenn nun eine "Agrarwende" gefordert wird“, empörte sich Manz. „Das ist ein Schlag ins Gesicht für alle Landwirte, die sich in den letzten Jahren dem nachhaltigen Fortschritt eben nicht verschlossen, sondern - im Gegenteil - hart daran gearbeitet haben! - Und wohin genau soll uns diese <Wende> eigentlich führen? Wollen wir wirklich zurück ins 19. Jahrhundert?! Die Masse der Bevölkerung war damals arm und hungrig - und von Klima- oder Ressourcenschutz so weit entfernt wie nur irgend möglich.“

Sehr deutlich machte Manz in diesem Zusammenhang: **„Ein Verzicht auf chemischen Pflanzenschutz wird NICHT dazu führen, dass unsere Landwirtschaft 'resilienter' wird. Er wird vielmehr bewirken,**

dass wir uns immer weniger gegen die Folgen des Klimawandels wehren können und ihm zunehmend hilflos ausgeliefert sind!" Vor allem aber müsse sich jeder auch als Verbraucherin und Verbraucher in aller Deutlichkeit bewusst sein: **„Die ganz unmittelbare Konsequenz aus einer Umsetzung der aktuellen Vorschläge der EU-Kommission wird eine nochmalige drastische Erhöhung der bereits jetzt deutlich angestiegenen Lebensmittelpreise sein!“**

Die Landwirtschaft brauche keine weiteren ideologischen, praxisfremden Verbotskataloge, sondern sie brauche – auch im Interesse der sozialen Stabilität - endlich echte Unterstützung durch die Politik, die nicht zuletzt angesichts der Herausforderungen eines fortschreitenden Klimawandels dringend nötig sei. Dabei helfe das "Prinzip Hoffnung" nicht weiter. Denn, so Manz: **„Alternativen entstehen nicht dadurch, dass man andere Dinge verbietet, sondern sie entstehen durch Forschung. - Und die bitte an den richtigen Stellen und nicht nur einseitig mit der Ideologie-Scheuklappe vergeben!“**

Hintergrund:

Im Zuckerrübenanbau stellt eine auf die Region abgestimmte Sortenwahl einen wesentlichen Pfeiler im Krankheits- und Schädlingsmanagement des integrierten Pflanzenschutzes dar. Die optimale Sortenwahl erhöht den Ertrag maßgeblich und sichert ihn langfristig. Der Zuckerrübenanbau in Hessen-Pfalz ist aktuell nur mit Sorten zu erhalten, die gegen neue Schädlinge und Erreger widerstandsfähig sind, denn andere Mittel oder Verfahren zeigen bisher keine ausreichende Wirkung.

Im Rahmen des Verbundprojektes „SONAR“ (SOntenwahl für NACHhaltigkeit und Resilienz) soll daher nun ein digitaler Sortenberater entwickelt werden, der die Vielzahl an relevanten Parametern bündelt und standortbezogen gewichtet. Dem Anbauer wird damit eine effektive Entscheidungshilfe an die Hand gegeben, die die klimatischen, ackerbaulichen und befallstypischen Besonderheiten am jeweiligen konkreten Anbauort berücksichtigt.

Ebenso wie im NIKIZ-Projekt stehen auch bei SONAR Partnerbetriebe aus der landwirtschaftlichen Praxis im Zentrum einer breit aufgestellten Operationellen Gruppe mit Akteuren aus mehreren Bereichen und Bundesländern. Wissenschaftlicher Fortschritt wird hier gemeinsam mit der Praxis erarbeitet und unmittelbar in die Betriebe transferiert.

NIKIZ und SONAR werden als EIP-Projekte im Rahmen des Entwicklungsprogramms EULLE unter Beteiligung der Europäischen Union und des Landes Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, gefördert.

